

ENERGIEKONZERN IM GROSSEN RAT

Unheilige Allianz verhindert BKW-Verkauf

Der Kanton Bern ist neu gesetzlich verpflichtet, einen Mehrheitsanteil von mindestens 51 Prozent an der BKW zu halten. Das haben SP, Grüne und SVP im Grossen Rat durchgesetzt. Die meisten Fraktionen kritisierten aber die rasante Einkaufstour von BKW-Chefin Suzanne Thoma.

Der Energiekonzern BKW wird bis auf weiteres nicht privatisiert. Die FDP ist mit dem zweiten Anlauf seit 2006 gescheitert, den Kanton zur Abgabe der Mehrheit zu drängen. Der Grosse Rat stimmte gestern nach intensiver Debatte für ein neues Gesetz, das dem Kanton einen Anteil an der BKW zwischen 51 und 60 Prozent vorschreibt.

Die SVP gab den Ausschlag

84 Grossräte stimmten dafür, 54 dagegen. Den Ausschlag gab die SVP, die zusammen mit SP und Grünen die Privatisierung verhinderte. Diese unheilige Allianz stimmte dagegen, dass der Regierungsrat die Beteiligung von heute gut 52 Prozent auf bis zu 34 Prozent hätte senken können. Die FDP wollte mit Unterstützung von BDP und EDU, dass der Kanton seinen Anteil an der BKW reduziert. Denn aus der Bernischen Kraftwerke AG von einst sei ein international tätiger Energiedienstleister geworden, der Gewerbebetriebe in den Bereichen Haustechnik, Bau oder Ingenieurwesen konkurrenzieren.

Für Versorgungssicherheit

SVP-Sprecher Raphael Lanz entgegnete, versorgungsnotwendige Stromnetze und Kraftwerke im Kanton dürften nicht in ausländische Hände gelangen können. Deshalb müsse der Kanton die Mehrheit behalten. Patrick Freudiger war einer der wenigen SVP-Grossräte, der die BKW trotzdem hätte privatisieren wollen, weil diese das Gewerbe bedrängt. «Wir sollten aufhören, die Höhe der Beteiligung an der BKW mit der Versorgungssicherheit zu



«Für die BKW ändert sich mit dem Beteiligungsgesetz nichts.»

BKW-Chefin Suzanne Thoma

vermischen. Diese ist im Stromversorgungsgesetz garantiert», sagte Freudiger.

Der Grünliberale Luca Alberucci schlug vor, dass der Kanton nur so lange 51 Prozent an der BKW behalten solle, wie der Konzern auf bernischem Gebiet über ein Verteilnetzmonopol verfügt. Auch FDP-Fraktionschef Adrian Haas versuchte eine Brücke zu bauen, um Kritiker der BKW-Expansion auf seine Seite zu ziehen. Der Grosse Rat solle zuerst die Abgabe der BKW-Mehrheit ge-

nehmigen müssen, bevor der Regierungsrat Aktien verkaufen dürfe. Doch diese Anträge wurden beide klar abgelehnt.

Der Grosse Rat folgte damit seiner vorberatenden Finanzkommission. Der Regierungsrat war nach Anhörung der Kommission umgeschwenkt. Zuerst hatte er für die Möglichkeit plädiert, bis auf eine Sperrminorität von 34 Prozent hinuntergehen zu können.

Unbehagen wegen Expansion

Regierungsrätin Barbara Egger erklärte zudem, es sei weder ein Kauf noch ein Verkauf von Aktien geplant. Mit dem neuen Gesetz werde aber das Verfahren geregelt. Und das Parlament komme dem Verfassungsauftrag nach, wichtige Beteiligungen des Kantons gesetzlich zu regeln.

Das Unbehagen über die Expansion der BKW bleibt. So sagten SVP-Grossrat Raphael Lanz und der Grüne Daniel Klausner, für die Dienstleistungen der BKW brauche es keine Staatsbeteiligung. Aber nun werde klar, dass der Kanton längerfristig Mehrheitsaktionär bleibe. Wenn sich der Konzern eingeschränkt

fühle, solle er selber vorschlagen, wie dies zu ändern sei.

Für die BKW ändert sich nichts

An der BKW prallt dies ab. Konzernchefin Suzanne Thoma will sich nicht ins Steuer greifen lassen und findet, mit dem Beteiligungsgesetz ändere sich für die BKW nichts. Der Kanton halte

bereits einen Mehrheitsanteil. Zudem habe die BKW «ein sehr gutes Einvernehmen mit dem Kanton Bern als Aktionär» und habe sich in der Vergangenheit erfolgreich entwickeln können.

Sie lehnt es ab, den energiepolitischen Zielen des Kantons zu dienen, wenn dies dem Konzern schaden würde: «Als privatrechtlich organisiertes, börsennotiertes Unternehmen ist die BKW allen Aktionären gleich verpflichtet.» Die wirtschaftliche Freiheit, im Interesse des Konzerns zu entscheiden «war und ist gegeben», hält die BKW fest. Allerdings lehnte der Grosse Rat einen Antrag der BDP ab. Diese hatte den Passus im neuen Gesetz streichen wollen, wonach der Kanton einen Beitrag der BKW an die energiepolitischen Ziele des Kantons erwartet. Julian Witschi

GESCHLECHTERFRAGE

Die BKW erhält keine Frauenquote für den Verwaltungsrat.

Der Grosse Rat hat einen Vorstoss der SP/Juso-Fraktion gestern abgelehnt. Das Verdikt fiel mit 61 gegen 74 Stimmen bei 9 Enthaltungen relativ knapp aus. Dazu trug wohl bei, dass SP/Juso keine fixe Quote im neuen BKW-Gesetz festschreiben wollten.

Der Berg hat eine Maus geboren, könnte man auf den ersten Blick meinen. Der Grosse Rat entscheidet, dass der Kanton die Mehrheit an der BKW behält. Allerdings war dies bislang nicht rechtlich geregelt. Neu ist ein Mindestanteil des Kantons von 51 Prozent gesetzlich festgeschrieben. Das ist folgenreich. Will er die Mehrheit abgeben, muss er nun das neue Gesetz ändern, und dann käme es höchstwahrscheinlich zur Referendumsabstimmung.

Auch muss er künftig Kapitalerhöhungen mitmachen, um den BKW-Anteil zu halten. Damit beschränkt der Grosse Rat seinen Handlungsspielraum. Dabei ist eine überwiegende Mehrheit der bernischen Politik inklusive der Grünen unzufrieden damit, dass der Energiekonzern mit dem Kanton im Rücken in hoher Kadenz Ingenieurbüros und Energietechnikfirmen kauft. Einzig die SP befürwortet offen, dass die BKW im Dienstleistungsgeschäft expandieren solle, um die Energiewende voranzubringen.

Ausgerechnet die oftmals staatskritische SVP trug die entscheidenden Stimmen dazu bei, dass der Konzern mehrheitlich in Staatsbesitz bleibt. Die meisten SVP-Grossräte übergehen einen Teil ihrer Stammwähler, denn das kantonale Gewerbe klagt nachvollziehbar über unfaire Konkurrenz. Die BKW geniesst nämlich wegen ihrer Staatsnähe eine höhere Kreditwürdigkeit. Hinzu kommen die Erträge aus den Monopolen bei den Netzen und der Stromversorgung von Kleinkunden.

Kommentar



Julian Witschi, Wirtschaftsredaktor

Der Kanton stiehlt sich aus der Verantwortung

Bereits im Sommer hatte es der Grosse Rat abgelehnt, die Dienstleistungen abzuspalten. Weil dies die Wirtschaftsfreiheit und die Eigentumsrechte der anderen Aktionäre verletze. Doch jetzt ist mit dem neuen Gesetz klar, dass der Kanton bei der BKW neben dem Ziel möglichst hoher Gewinnausschüttungen auch energiepolitische Ziele verfolgt. Und dass eine Privatisierung der Monopolbereiche auf lange Frist keine Chance hat.

Es bleibt die leise Hoffnung, dass die BKW-Führung eine Aufteilung einleitet, um sich aus dem Korsett zu lösen. Die Mehrheit des Grossen Rates und der Regierungsrat haben sich so für ein gewagtes Laissez-faire entschieden. Dies auch, weil der Regierungsrat nicht mehr selber, sondern über eine Drittperson Einfluss im Verwaltungsrat ausüben will. Dabei warnte BKW-Chefin Suzanne Thoma, es sei unvernünftig, dass sich der Kanton den immensen Risiken im Energiegeschäft aussetze. Am besten ziehe er sich ganz zurück.

Die gefürchtete Sitzverlegung der BKW oder eine Fusion könnte der Kanton auch noch mit einer Sperrminorität von 34 Prozent verhindern. Und eigentlich ist es normal, dass Grossaktionäre die Strategie ihrer Firma prägen. Die Politiker von der SVP bis zu den Grünen, die mit der BKW-Expansion unzufrieden sind, sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und nach dem Ja zur Mehrheitsbeteiligung nun eben die Eigentümerstrategie des Kantons korrigieren.

julian.witschi@bernerzeitung.ch

www.bauhaus.ch

BAUHAUS®

Wenn's gut werden muss.

Alles für die Weihnachtsdeko finden Sie jetzt in der **BAUHAUS Weihnachtswelt.**

Im Fachcenter Ihrer Wahl oder im Webshop auf **www.bauhaus.ch/weihnachtswelt**